

Ansprache des Beauftragten der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung Gerd Weimer am 23. April 2015, 10.30 Uhr, REHAB – Internationale Fachmesse für Rehabilitation, Therapie und Prävention

Ihre Exzellenz, sehr geehrter Herr Moreno Garcés, sehr geehrter Herr Abgeordneter Raab, sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz, sehr geehrter Herr Landrat Bäumle, sehr geehrte Frau Wirtz, sehr geehrter, lieber Herr Krauthausen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

unverhofft kommt oft! An dieser Stelle sollte die Beauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele, die Eröffnungsrede zur REHAB 2015 halten und jetzt müssen Sie, meine Damen und Herren, mit dem Beauftragen der Landesregierung von Baden-Württemberg vorlieb nehmen. Ich bitte um Nachsicht, denn ich kann in keiner Weise diese tolle, engagierte und kämpferische Frau ersetzen.

Wie kam das? Wir waren vergangenen Montag noch in Berlin zusammen, um uns gemeinsam für ein gutes Bundesteilhabegesetz einzusetzen und auszutauschen. Ich war schon auf dem Weg zum Flughafen, als ein Anruf kam, eine zerknirschte Verena Bentele sagte mir am Telefon: „Ich kann den Karlsruhe-Termin, von dem wir vorher noch gesprochen haben, leider nicht halten, weil ich unbedingt mit der Monitoringstelle der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ein Abschlussgespräch zum Staatenprüfungsbericht machen muss mit zahlreichen Beteiligten. Es geht leider nicht anders. Kannst Du für mich einspringen? Leider verfüge ich – wie Du weißt – ja noch nicht über die Fähigkeit der Bilokation.“ Ich habe spontan Ja gesagt, weil für Menschen mit Behinderung in Deutschland dieser Staatenprüfungsbericht eine sehr, sehr große Bedeutung hat. Die Insider unter Ihnen wissen das. Aber weil Sie nicht alle Insider sind und weil wir heute mit dem Sondergesandten der Vereinten Nationen, Señor Moreno, einen ganz hochkarätigen Ehrengast in Baden-Württemberg haben, den ich sehr herzlich begrüße, will ich doch zum Hintergrund dieses Staatenprüfungsberichtes etwas sagen.

Sie wissen, die UNO hat im Jahr 2006 die UN-Behindertenrechtscharta beschlossen. Der deutsche Bundestag hat im Jahr 2009 ebenso, wie wenig später der deutsche Bundesrat, die Charta für Deutschland einstimmig ratifiziert. Einstimmige Beschlüsse sind in den obersten deutschen Parlamenten die Ausnahme, nicht die Regel. Darüber hinaus hat die Bundesregierung eine Monitoringstelle eingesetzt, die die Aufgabe hat, den Umsetzungsprozess der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland zu überwachen, zu kontrollieren und zu begleiten. Darüber hinaus wurde im Jahr 2011 bereits ein Nationaler Aktionsplan mit 250 verschiedenen Maßnahmen auf den Weg gebracht durch die Bundesregierung. Dieser Nationale Aktionsplan befindet sich jetzt bereits in der Fortschreibung.

Und nun kamen Ende März in Genf verschiedene Beteiligte auf deutscher Seite mit den Gesandten der UNO zusammen zu einem ersten Austausch. Es fand der erste Staatenprüfungsbericht statt. Und seit letztem Freitag, meine Damen und Herren, liegt dieser Staatenprüfungsbericht nun in englischer Version vor. Ein erstes Überfliegen dieses Berichtes der UNO zeigt mir, es wird im Hinblick auf die Umsetzung der UN-BRK in Deutschland sehr viele kritische Anmerkungen geben. Das bezieht sich einmal beispielsweise auf den Artikel 24, in dem es um die Inklusion im Bildungssystem geht. Es bezieht sich aber auch auf den Artikel 27, in dem es um Menschen mit Handicaps auf dem ersten Arbeitsmarkt geht.

Es ist leider so: Wir sind in Deutschland weit entfernt von einem inklusiven Arbeitsmarkt, wo Menschen mit und ohne Handicaps dieselben Chancen haben. Ich nehme Baden-Württemberg als Beispiel: Baden-Württemberg ist das wirtschaftsstärkste Bundesland aller 16 Bundesländer. Wir haben die besten Wirtschaftsdaten, wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit. Aber die gute wirtschaftliche Lage geht an Schwerbehinderten komplett vorbei. Ich will Sie nicht mit allzu vielen Zahlen quälen, nur wenige deshalb: Im März 2014 waren in Baden-Württemberg 236.000 Menschen ohne Arbeit. Im März 2015 hatten wir zum Glück einen deutlichen Rückgang zu verzeichnen, deshalb sind wir jetzt auf Platz 1 in Deutschland. Aber im gleichen Zeitraum ist die Zahl der Menschen mit Handicaps nicht analog gefallen, sondern angestiegen! Wir hatten im März 2014 17.364 Menschen mit Handicaps ohne Arbeit. Und wir haben jetzt 2015 17.470. Während die Zahl der Langzeitarbeitslosen mit Migrationshintergrund und die Zahl der Alleinerziehenden am Arbeitsmarkt deutlich zurückgegangen ist – das ist gut so – ist die Quote von Menschen mit Handicaps am ersten Arbeitsmarkt heute doppelt so hoch wie die ohne Handicaps. Das ist ein trauriger Befund. In der Privatwirtschaft wird die Quote nicht erfüllt. Mit 4,2 % sind wir in Deutschland auf einem Mittelplatz. Warum? Mehr als die Hälfte aller Betriebe zahlt lieber die Ausgleichsabgabe, kauft sich quasi frei, anstatt einen Menschen mit Handicap zu beschäftigen. Von 20 DAX-Unternehmen erfüllen gerade mal sieben die Quote. Auch in der Öffentlichen Verwaltung können wir uns nicht gerade mit Blumen schmücken. Baden-Württemberg erfüllt zwar in der Öffentlichen Verwaltung mit 5,8 % die Quote, aber damit liegen wir im bundesweiten Durchschnitt gerade mal auf Platz 12, einem sehr schlechten hinteren Platz. Und deshalb geht mein Appell heute sowohl an die Privatwirtschaft wie auch an die Verantwortlichen in der Öffentlichen Verwaltung. Sie müssen mehr tun, um Menschen mit Handicaps auf dem ersten Arbeitsmarkt mehr Chancen zu eröffnen. Wenn in dieser Frage nicht kurzfristig ein Umdenken erfolgt, dann bleibt meines Erachtens der Politik nichts anderes übrig, als die Ausgleichsabgabe deutlich zu erhöhen und auch zu der 6 %-Quote zurückzukehren, wie sie in Deutschland bis zum Jahr 2002 galt.

Es muss also nicht nur auf dem Feld des Arbeitsmarktes sehr viel mehr getan werden, um auch nur annähernd an die Vorstellungen einer inklusiven Gesellschaft heranzukommen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention – das ist in der Tat der Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik. Und warum tun wir uns in Deutschland gerade so schwer mit diesem Paradigmenwechsel? Die Antwort ist einfach: Wir haben nach 1945, nach dem zweiten Weltkrieg, praktisch alles exklusiv aufgebaut. Nicht inklusiv, sondern exklusiv! Wir haben beispielsweise große Anstalten, heute Komplexeinrichtungen, vor allem weit weg von den Menschen, im ländlichen Raum errichtet mit zum Teil hunderten, wenn nicht sogar tausenden von stationären Plätzen. Exklusiv! Die Werkstätten befinden sich in aller Regel in Gewerbegebieten. Und was die Sonderschulen angeht, sind wir mit neun verschiedenen Sonderschularten sogar Weltmeister. Andere Länder sind diesen Weg nicht gegangen oder haben ihn hinter sich. In der dritten Welt fehlte schlicht und ergreifend das Geld, um dezentrale, exklusive Infrastruktur zu finanzieren. Und andere Länder haben den Diskussionsprozess, den wir in Deutschland gegenwärtig führen, längst hinter sich. Ich meine damit vor allem die skandinavischen Länder.

Jetzt ist also in Deutschland Umdenken angesagt. Und das geht nicht mit einem Knopfdruck, das geht nicht, in dem man einen Hebel umlegt, das ist ein Prozess. Und um diesen Prozess zu organisieren, braucht es zwei Dinge:

1.: Wir müssen umdenken. Wir müssen vor allem die Barrieren in den eigenen Köpfen entfernen. Und dieser Prozess muss dann weitergehen hinein in die Herzen. Unser Thema hat sehr viel mit Empathie zu tun.

Und 2.: Inklusion kostet. Inklusion gibt es nicht zum Nulltarif. Lassen Sie mich nur, weil das ein großes Thema ist hier auf der REHAB, das Beispiel Barrierefreiheit herausgreifen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau hat das Deutsche Institut für Urbanistik vor geraumer Zeit beauftragt, die Kosten zu ermitteln, wie hoch die wären, wenn in Deutschland die Städte und Gemeinden bis zum Zieljahr 2030 auch nur einigermaßen barrierefrei umgebaut und ausgestaltet werden würden. Das Deutsche Institut für Urbanistik kam zu dem sagenhaften Betrag von 53 Milliarden Euro. Das müssen Städte und Gemeinden schultern. Aber das können sie alleine nicht. Nun ist aber Licht am Ende des Tunnels erkennbar. Denn über die Diskussion über ein neues Bundesteilhabegesetz findet ja gerade in dieser Woche im Kabinett in Berlin eine Entscheidung statt, die alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker freut. Die Kommunen werden um 5 Milliarden Euro insgesamt entlastet. Damit ist zusätzliches Geld in den kommunalen Kassen. Und ich erwarte, dass damit auch mehr Barrierefreiheit im öffentlichen Raum finanziert wird und nicht irgendwelche goldenen Wasserhähne in Festhallen dafür finanziert werden. Das Thema Barrierefreiheit liegt jetzt in der kommunalen Familie.

Lassen Sie mich aber über das Thema Geld hinaus noch zu diesem Bundesteilhabegesetz einige wenige Anmerkungen machen, von denen ich weiß, dass vor allem auch Verena Bentele diese Auffassung teilt. Ich will drei Punkte ansprechen:

1. Unser Sozialrecht ist ja bekanntlich hoch kompliziert. Und deshalb setzen wir uns dafür ein, dass es tatsächlich zu der angedachten „großen Lösung“ für Kinder und Jugendliche kommt. Kinder und Jugendliche unterschiedlich mit und ohne Handicaps zu behandeln, das geht nicht mehr. Alle sollen in Zukunft im SGB VIII und nicht mehr im SGB XII, wenn sie behindert sind, sich wiederfinden.

2. Müssen Menschen mit Behinderung generell aus dem Fürsorgesystem SGB XII rauskommen und in das SGB IX integriert werden.

Und der wichtigste Punkt: Wir brauchen eine einkommens- und vermögensunabhängige Lösung. Wir brauchen ein einkommens- und vermögensunabhängiges Teilhabegeld in Deutschland. Es kann nicht sein, dass einem jungen Mann, der eine junge behinderte Frau im Rollstuhl heiratet, dass dem alles abgenommen wird, wenn die beiden sich lieben und heiraten, mit Ausnahme von gerade einmal 2.600 Euro. Das ist nicht in Ordnung. Und deshalb erwarten wir, Frau Bentele und ich, in dieser Frage eine Veränderung. Ich hoffe sehr, dass nach einem sehr guten und geradezu einmaligen Beteiligungsverfahren auch ein sehr gutes Gesetz im nächsten Jahr das Licht der Welt erblickt.

Ich will schließen, meine Damen und Herren. Diese Messe ist eine tolle Gelegenheit, für die Vision einer inklusiven Gesellschaft zu werben und weitere Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu gewinnen. Deshalb wünsche ich den Veranstaltern viel Erfolg und viele Besucherinnen und Besucher.

Herzlichen Dank!